

Appell der Koalition für die Familie an den Bundesrat und das Parlament

Die Familie und der Staat

Die Familie ist die Urzelle der Gesellschaft. Sie wird durch eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Frau und Mann begründet, die gemeinsam das Leben an die nächste Generation weiter geben. Sie ist in allen Kulturen und Religionen die am stärksten verbreitete Familienform, oft erweitert durch eine bis zwei Generationen. Der Staat soll durch seine Gesetze diese ursprüngliche Familienform bevorzugen und stärken. In gleicher Weise soll er solidarisch mit den Einelternfamilien sein.

Wir rufen Regierung und Parlament der Eidgenossenschaft auf, die Familien verstärkt zu unterstützen durch

- *bessere Anerkennung* der Stellung der Familie in der Gesellschaft und ihrer Leistungen für das Gemeinwesen. Er schafft das Instrument der Familienverträglichkeitsprüfung und wertet die Fachstelle für Familienfragen auf. Regierung und Parlament sind sich bewusst, dass nur gesunde Familien mit Kindern den Erhalt der Gesellschaft langfristig garantieren.
- *Gute Rahmenbedingungen für die Familie*: Der Staat erleichtert die Organisation der Familienhaushalte durch günstige Rahmenbedingungen, insbesondere im Ausbildungs- und Steuerbereich und gibt der Wirtschaft Anreize, familienfreundliche Bedingungen zu schaffen. Der Staat respektiert und fördert die grundsätzlich eigenverantwortliche Aufgabenteilung von Kinderbetreuung, Erziehung und Erwerb der Eltern bzw. Ehepaare. Der Staat ist sich bewusst, dass er damit zeitgemässe Rollenverteilungen unter Eltern ermöglicht und so zur Gründung von Familien ermutigt.
- *Politische Stärkung*: Der Staat stellt sicher, dass die Interessen der Familien auf Bundesebene interdepartemental wahrgenommen werden, so dass Familien von neuen Gesetzen nicht benachteiligt, sondern gestärkt werden.
- *Jugendschutz*: Der Staat sorgt für den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor destruktiven Angeboten insbesondere im Bereich der Suchtmittel, im Internet und von der Unterhaltungsindustrie. Regierung und Parlament sind sich bewusst, dass die psychische und geistige Gesundheit für die Zukunft der jungen Generation ebenso wichtig ist wie die körperliche.

Bern, 18. Juni 2005